

Pressemitteilung

Nr. 05-2018

11. April 2018

Warnstreiks an Kindertagesstätten am 13. April 2018

Die GEW Sachsen hat heute ihre Mitglieder in Dresden und Freital sowie in Leipzig aufgerufen, sich am kommenden Freitag, dem 13. April 2018 an einem ganztägigen Warnstreik zu beteiligen. Mit den Aktionen soll vor allem den Forderungen nach sechs 6 Prozent mehr Gehalt und der endgültigen Überwindung der Tarifunterschiede zwischen den Tarifgebieten Ost und West Nachdruck verliehen werden. Sie ordnen sich in die bundesweite Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst im Bereich des Bundes und der Kommunen ein und werden in den genannten Städten auch in den Kindertagesstätten Auswirkungen haben.

In **Dresden** wird die Bundesvorsitzende der GEW, Marlis Tepe, zu den Kolleginnen und Kollegen sprechen. Das Streiklokal im Volkshaus, Schützenplatz 14, wird ab 06:00 Uhr geöffnet sein. Gegen 10:30 Uhr wird es einen Demonstrationzug zum Rathaus (Goldene Pforte) geben. Die für 12:00 Uhr geplante Kundgebung findet auf dem Rathausplatz statt.

In **Leipzig** werden sich streikende Kolleginnen und Kollegen auch aus der benachbarten Stadt Halle gegen 09:30 Uhr am Wilhelm-Leuschner- Platz versammeln und in einem Demonstrationzug zum Richard-Wagner-Platz ziehen. Dort wird die Kundgebung ca. 11:00 Uhr beginnen. Neben dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, wird die Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Geeht, zu den Versammelten sprechen.

Uschi Kruse, Landesvorsitzende der GEW Sachsen:

„Unmittelbar vor der am Wochenende in Potsdam stattfindenden dritten Verhandlungsrunde wollen wir den Arbeitgebern auch aus Sachsen ein deutliches Signal senden. Um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu erhöhen, dem Personalmangel entgegenzuwirken und die Beschäftigten angemessen zu entlohnen, sind höhere Einkommen unerlässlich. Thematisiert werden muss auch die Jahressonderzahlung, wobei immer noch eine Differenz in Höhe von 25 Prozent zwischen den ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten besteht. Das ist nicht nur ungerecht, sondern 28 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung auch nicht mehr hinnehmbar.“

Nachfragen möglich unter: 0172 3504386 (Uschi Kruse)

Diese Pressemitteilung kann im Internet abgerufen werden unter: www.gew-sachsen.de/presse